

Wahlen in Ostdeutschland

Kai Arzheimer

Bitte beachten Sie: Es handelt sich bei diesem Text nicht um die Druckfassung, sondern um ein Manuskript. Bitte zitieren Sie nur die gedruckte Fassung.

Wie wählt der Osten?

Politiker aller Parteien gehen offensichtlich davon aus, daß Bundestagswahlen in Ostdeutschland gewonnen oder verloren werden. Die ostdeutschen „Sommerreisen“ des Kanzlers und anderer Spitzenpolitiker, öffentlichkeitswirksame Klausurtagungen des Kabinetts oder der Parteiführungen in den neuen Ländern oder die Benennung von „Ost-Beauftragten“ sind ebenso wie das Bemühen der Parteiführungen, Ostdeutsche für herausgehobene bundespolitische Ämter zu rekrutieren (z.B. Manfred Stolpe, Wolfgang Thierse, Rolf Schwanitz, Wolfgang Tiefensee, Steffen Heitmann, Katherina Reiche) darauf ausgerichtet, gezielt ostdeutsche Wähler anzusprechen. Besonders deutlich zeigt sich dies in Wahlkampfzeiten: Spitzenpolitiker jeglicher Couleur greifen bei ihren Auftritten in Ostdeutschland häufig andere Themen auf als im Westen und bemühen sich um ein Image, das sie für die Wähler in den neuen Ländern attraktiv erscheinen läßt. In besonderem Maße gilt dies für die PDS, die sich in der Vergangenheit im Osten als sozialistische Regionalpartei, im Westen hingegen eher als linke Alternative zu den Grünen präsentiert hat.

Zumindest in einem Fall haben die die Bürger in Ostdeutschland den Ausgang einer Bundestagswahl tatsächlich entscheidend beeinflusst: Im September 2002 stimmten 38 Prozent der westdeutschen Wahlberechtigten für die Parteien der rot-grünen Koalition, während 39 Prozent ihre Stimme den bürgerlichen Parteien gaben. In den neuen Ländern hingegen optierten 32 Prozent der Wahlberechtigten für SPD und Grüne, während nur 25 Prozent für CDU bzw. FDP stimmten. Dieses ostdeutsche Sondervotum war für die knappe Mehrheit von wenigen tausend Stimmen verantwortlich, ohne die eine Fortsetzung der Koalition nicht möglich gewesen wäre.

In anderen Fällen erlangten die ostdeutschen Wähler durch zwei Besonderheiten des Bundeswahlrechts – die sogenannte „Grundmandateklausel“ und die Bestimmung zu den „Überhangmandaten“ – indirekt einen wesentlichen Einfluß auf die Zusammensetzung des Bundestages und damit auf die Regierungsbildung. Die Grundmandateklausel besagt, daß eine Partei, die mindestens drei Direktmandate gewinnt, von der Fünfprozenthürde ausgenommen ist. Die Regelung zu den Überhangmandaten hingegen sieht vor, daß eine Partei, die in einem Bundesland mehr Direktmandate gewinnt, als ihr nach dem Zweitstimmenanteil zustehen, diese

zusätzlichen Sitze als sogenannte „Überhangmandate“ behalten darf und der Bundestag entsprechend vergrößert wird. Beide Sonderregelungen gewannen 1994 ein unerwartetes politisches Gewicht. Da die PDS damals bundesweit nur 4,4 Prozent der Zweistimmen erhielt, aber in Berlin vier Direktmandate gewann, konnte sie wegen der Grundmandateregel mit 30 Abgeordneten in den Bundestag einziehen. Infolgedessen hätten Union und FDP trotz ihres deutlichen Vorsprungs vor SPD und Grünen über eine parlamentarische Mehrheit von nur einer Stimme und damit exakt über die für die Wahl des Bundeskanzlers nötige Zahl der Mandate verfügt. Zugleich entstand jedoch bei dieser Wahl die historisch extrem hohe Zahl von 16 Überhangmandaten, von denen 13 auf die neuen Länder entfielen, obwohl diese nur etwa ein Fünftel der Wahlberechtigten stellen. Da diese vor allem der CDU zugute kamen, war Kohls prekäre¹ Mehrheit gesichert.

In ähnlicher Weise trugen 2002 die drei Überhangmandate, die die SPD Sachsen-Anhalt und Thüringen gewinnen konnte dazu bei, die sehr knappe Mehrheit der Koalition zu stabilisieren.² Allerdings galt es eine ganze Zeitlang als denkbar, daß die PDS in Berlin ein drittes Direktmandat gewinnen könnte. In diesem Fall wäre sie entsprechend der Grundmandateklausel mit rund 25 Abgeordneten in den Bundestag eingezogen. Simulationen zeigen, daß unter diesen Bedingungen zwar weitere ostdeutsche Überhangmandate für die SPD entstanden wären. Eine Fortsetzung der rot-grünen Koalition wäre aber infolge der geänderten Mandatsverteilung im Parlament dennoch nicht möglich gewesen.

Hintergrund für derartige Zahlenspiele von Politikern und Wissenschaftlern sind mehrere Besonderheiten im Wahlverhalten der Ostdeutschen, die sich seit der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl von 1990 kaum abgeschwächt haben. Als wahrscheinlich augenfälligste dieser Besonderheiten können die eklatanten *Unterschiede im Kräfteverhältnis der Parteien* gelten. Diese werden dann besonders deutlich, wenn man wie in der Wahlforschung üblich, die Stimmenanteile der Parteien nicht auf die abgegebenen bzw. gültigen Stimmen, sondern auf alle Wahlberechtigten bezieht. Nur so wird die eigentliche Mobilisierungsleistung der Parteien sichtbar.

Im Ergebnis zeigt sich dabei, daß beiden Volksparteien in den alten Ländern bei den Bundestagswahlen von 1990-2002 jeweils etwa ein Drittel der Wahlberechtigten für sich gewinnen konnten. Für die FDP bzw. die Grünen votierten jeweils zwischen vier und acht Prozent der Bürger. Alle übrigen Parteien einschließlich der PDS sind faktisch bedeutungslos. Obwohl die linken Parteien 1990 ein ungewöhnlich schlechtes und 1998 ein ungewöhnlich gutes Ergebnis

erzielen konnten, sind die Stimmenanteile der Parteien dabei über die Zeit hinweg vergleichsweise konstant.

Diesem eingespielten System aus zwei großen und zwei kleinen Parteien steht in den neuen Ländern eine Konstellation aus drei annähernd gleichstarken politischen Kräften gegenüber. Die PDS, der viele politische Beobachter nach der Wiedervereinigung kaum eine Überlebenschance eingeräumt hatten, konnte bei den Bundestagswahlen von 1990-98 ihre Ergebnisse kontinuierlich verbessern. Ihr schlechtes Abschneiden bei der Bundestagswahl 2002 dürfte vor allem den internen Problemen geschuldet gewesen sein. Auch bei den Landtagswahlen erzielte die Partei einige beeindruckende Erfolge. Hier stimmten im Mittel rund 15 Prozent der Wahlberechtigten für die PDS. Dabei sind die regionalen Differenzen allerdings recht stark ausgeprägt. Relativ schwach schnitt die PDS bislang in Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und in Brandenburg ab. In allen vier Ländern hat die Partei aber gegenüber den Wahlen von 1990 deutlich hinzugewonnen und avancierte bei den jüngsten Landtagswahlen durchweg zur zweitstärksten Kraft vor SPD oder Union. Größere Schwankungen in der Unterstützung der Partei sind hingegen in Mecklenburg-Vorpommern zu erkennen, wo die Partei seit 1998 an einer Koalitionsregierung mit der SPD beteiligt ist. Ihre eigentliche Hochburg schließlich stellt bei Bundes- wie bei Landtagswahlen die Osthälfte Berlins dar, wo der Partei bei der Abgeordnetenhauswahl von 2001 etwas mehr als 30 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme gaben. Dies entsprach einem Anteil von fast 48 Prozent der gültigen Stimmen. Die SPD als zweitstärkste Partei erreichte lediglich knapp halb so viele Stimmen, die Union in etwa ein Viertel.

Auch die Ergebnisse der beiden Volksparteien variieren in den neuen Ländern sehr stark. Bei der Vereinigungswahl von 1990 wurde die Union hier mit weitem Abstand zur stärksten Kraft. Fast ein Drittel der Wahlberechtigten votierte damals für die Union, für die zweitplatzierte SPD stimmten lediglich 18 Prozent der Wahlberechtigten. Bei den drei folgenden Wahlen hat die CDU dann jedoch zunächst langsam, dann in dramatischem Umfang an Unterstützung verloren. 2002 konnte die CDU nur noch ein Fünftel der ostdeutschen Wahlberechtigten mobilisieren. Dennoch war die Partei bei den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und zuletzt auch in Sachsen-Anhalt durchaus erfolgreich. Der Stimmenanteil der SPD hingegen hat sich bei den Bundestagswahlen fast spiegelbildlich zum Ergebnis der CDU entwickelt. Nach dem katastrophalen Abschneiden von 1990 konnte die Partei 1994 deutliche Gewinne verzeichnen und wurde mit einem Anteil von jeweils 28 Prozent an den Wahlberechtigten 1998 und 2002 zur mit Abstand stärksten Partei in den neuen Ländern. Zugleich mußte die Partei auf der Landesebene einige schmerzhaftes Niederlagen hinnehmen. Vor allem in ihren

alten Stammländern Thüringen und Sachsen bewegt sich das SPD-Ergebnis auf nicht für möglich gehaltenen Tiefständen.

Die FDP und vor allem die Grünen schließlich haben bei den ersten vier gesamtdeutschen Bundestagswahlen im Gebiet der ehemaligen DDR jeweils deutlich weniger Bürger für sich gewinnen können als im Westen der Republik. Dies gilt in ähnlicher Form auch für die Wahlen zu den ostdeutschen Landtagen. Während das damalige Bündnis 90 im Jahr der Vereinigung hier noch einige Wahlerfolge erzielen konnte, war die Partei nach den Wahlen von 1994 nur noch im Landtag von Sachsen-Anhalt vertreten. Auch dort gelang es ihnen vier Jahre später nicht mehr, die 5-Prozent-Hürde zu überspringen. Lediglich im Ostteil Berlins schnitten Bündnis90/Die Grünen bislang relativ gut ab. Auch dort ist ihr Stimmenanteil aber rückläufig. Die Grünen haben sich damit faktisch zur westdeutschen Regionalpartei entwickelt.

Noch wechselhafter stellt sich die Entwicklung für die FDP dar. Wie das Bündnis 90 fand die Partei bei den ostdeutschen Landtagswahlen von 1990 relativ große Unterstützung bei den Wahlberechtigten. Bei der darauf folgenden Welle von Landtagswahlen im Sommer bzw. Herbst 1994 scheiterte die Partei jedoch in allen ostdeutschen Ländern an der Sperrklausel; 1995 gingen auch die Sitze im Berliner Abgeordnetenhaus verloren. Erst mit der Abgeordnetenhauswahl von 2001, bei der die Partei auch im Ostteil Berlins wieder mehr als 5 Prozent der gültigen Stimmen erhielt, wurde diese Abwärtsbewegung gestoppt. Im Frühling des darauf folgenden Jahres votierten bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 7,5 Prozent der Wahlberechtigten für die Freidemokraten, so daß die FDP nach acht Jahren erstmals wieder im Parlament eines ostdeutschen Flächenstaates vertreten war und in die CDU-geführte Landesregierung eintreten konnte. Im Herbst 2004 konnte die Partei außerdem in den sächsischen Landtag einziehen.

Mit einem besonderen Interesse schließlich betrachten viele Beobachter die Entwicklung des Stimmanteils der extremen Rechten, d.h. der Republikaner, der DVU und der NPD³, da die neuen Länder als Zentren rechter (Jugend-)Gewalt gelten und eine Reihe von Studien gezeigt hat, daß die Ostdeutschen im Mittel etwas stärker ausländerfeindlich eingestellt sind als ihre westdeutschen Mitbürger. Was jedoch das Ergebnis der Bundestagswahlen von 1990-2002 betrifft, so zeigen sich hier *keinerlei* Unterschiede zwischen alten und neuen Ländern. In beiden Regionen spielten die Parteien der extremen Rechten (sofern sie überhaupt kandidierten) eine zu vernachlässigende Rolle.

Anders, als man dies vielleicht vermuten könnte, zeigen sich in diesem Bereich jedoch auch auf der Ebene der Landtagswahlen keine gravierenden Unterschiede zwischen alten und neu-

en Ländern. Trotz des spektakulären DVU-Erfolges in Sachsen-Anhalt (1998) und des sehr guten Abschneidens der NPD bei der jüngsten Landtagswahl in Sachsen war die extreme Rechte bei den seit 1990 abgehaltenen Landtagswahlen im Durchschnitt im Westen sogar marginal erfolgreicher als im Osten. Bezogen auf die Wahlberechtigten mobilisierten beispielsweise DVU und Republikaner bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen von 1993 und 1997 annähernd so viele Bürger wie die DVU in Sachsen-Anhalt, konnten dies aber nicht in einen politischen Erfolg umsetzen, da beide Parteien keine Wahlabsprache getroffen hatten und deshalb beide zweimal an der Sperrklausel scheiterten. Auch in Schleswig-Holstein und vor allem in Baden-Württemberg konnten Republikaner und DVU über einen längeren Zeitraum Mobilisierungserfolge erzielen, wie sie in den neuen Ländern bislang nur selten erreicht wurden. Das Gefahrenpotential des ostdeutschen Rechtsextremismus liegt deshalb weniger in seiner elektoralen Stärke als vielmehr in der vor allem von der NPD forcierten Annäherung der Parteien an die Netzwerke gewaltbereiter, aber vergleichsweise „unpolitischer“ Rechtsextremisten.

Neben den Unterschieden im Kräfteverhältnis der Parteien stellt die erkennbar *niedrigere Wahlbeteiligungsr*ate eine weitere ostdeutsche Besonderheit dar. In den alten Ländern ist die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen trotz aller Klagen über eine angebliche Abwendung der Bürger von der Politik seit dem Ende der 1980er Jahre (1987: 84 Prozent) im wesentlichen konstant geblieben: 1990 lag sie bei 79, 1994 und 2002 bei 81, 1998 sogar bei 83 Prozent. In den neuen Ländern hingegen wurden 1990 74, 1994 und 2002 sogar nur 73 Prozent erreicht. Nur 1998 stieg die Beteiligungsrate auf 80 Prozent. Diese vergleichsweise niedrige Wahlbeteiligung ist in Kombination mit der relativen Stärke der PDS und der – gemessen an der Bevölkerung – bis 2002 zu hohen Zahl der ostdeutschen Wahlkreise für die weit überproportionale Zahl der oben erwähnten Überhangmandate verantwortlich, die auf die neuen Länder entfallen.

Kleiner sind die Unterschiede in der Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen: Arzheimer und Falter errechnen für 35 westdeutsche Landtagswahlen, die zwischen 1990 und 2003 abgehalten wurden, eine mittlere Wahlbeteiligung von 69 Prozent; im gleichen Zeitraum wurde bei 21 Landtagswahlen in den neuen Ländern eine durchschnittliche Beteiligungsrate von 66 Prozent erreicht.⁴ Dieser relativ geringe Abstand zwischen Ost und West erklärt sich allerdings teilweise daraus, daß Landtagswahlen in den neuen Ländern häufiger als im Westen mit der Bundestagswahl zusammengelegt wurden (Mecklenburg-Vorpommern 1994-2002, Thüringen 1994).

Tabelle 1: Regionale Unterschiede im Ergebnis der Bundestagswahlen 1990-2002

Index regionaler Unterschiede	
1990	17.8
1994	24.2
1998	25.1
2002	23.2

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der amtlichen Endergebnisse

Wahlentscheidung und Wahlbeteiligungsraten der Ostdeutschen unterscheiden sich also deutlich von den aus den alten Ländern bekannten Mustern. Läßt sich im Lauf der Zeit eine Annäherung zwischen beiden Landesteilen beobachten? Zumindest bei den Bundestagswahlen ist dies nicht der Fall. Faßt man die bisher betrachteten Unterschiede zwischen alten und neuen Ländern in einer Maßzahl zusammen, indem man für die in den neuen Ländern erfolgreicheren Parteien die Ost-West-Differenzen der regionalen Wahlergebnisse sowie eine eventuelle positive Ost-West-Differenz des Nichtwähleranteils aufsummiert, ergeben sich für die Bundestagswahlen von 1994-2002 Werte, die konstant *über* dem bereits 1990 erreichten Niveau liegen (siehe Tabelle 1).

Tabelle 2: Saldierte Verschiebungen im Ergebnis der Bundestagswahlen 1994-2002

	alte Länder	neue Länder
1994	5,1	12,6
1998	6,1	13,5
2002	6,2	10,4

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der amtlichen Endergebnisse

Darüber hinaus unterscheidet sich das Wahlverhalten von Ost- und Westdeutschen noch unter einem weiteren Aspekt, der bisher nicht berücksichtigt worden ist: Die Wähler in den neuen Ländern tendieren eher als ihre westdeutschen Mitbürger zur *Wechselwahl*. Dies zeigt sich zum einen dann, wenn die Wähler direkt nach ihrer Wahlentscheidung bei länger zurückliegenden Urnengängen gefragt werden. Solche Angaben, auf denen auch die Mehrzahl der Wählerwanderungsbilanzen basiert, sind allerdings mit einer Reihe von methodischen Problemen verbunden (Rückerinnerungsfehler, Auswahlverzerrungen, Veränderungen der Bevölkerungszusammensetzung) und gelten deshalb als recht unzuverlässig. Alternativ dazu kann aus den amtlichen Wahlergebnissen ein Index errechnet werden, in den die Stimmengewinne der gegenüber dem letzten Urnengang erfolgreicheren Parteien sowie ein eventueller Anstieg des Nichtwähleranteils einfließen. Dieser Index kann dementsprechend Werte zwischen 0 und 100 annehmen und vermittelt damit einen Eindruck vom Ausmaß der (saldierten)⁵ Verschiebungen im Verhältnis der politischen Kräfte.

Tabelle 2 zeigt, daß diese sogenannte Aggregatvolatilität in den neuen Ländern erheblich höher ist als in der alten Bundesrepublik. Seit der Vereinigung ist es in den neuen Ländern im-

mer wieder zu Kräfteverschiebungen zwischen den politischen Lagern gekommen, die weit- aus dramatischer waren als im Westen. Dies gilt vor allem für die Jahre 1994 und 1998. Werte von 13 Punkten und mehr wurden in den alten Ländern zuletzt in der Nachkriegszeit erreicht. Obwohl sich 2002 der Abstand zwischen beiden Landesteilen etwas verringert hat, liegt der ostdeutsche Wert auch bei der jüngsten gesamtdeutschen Bundestagswahl deutlich über dem langjährigen Mittelwert der alten Länder.

Ganz ähnliche Ergebnisse zeigen sich, wenn man die Landtagswahlen seit 1990 betrachtet. In der alten Bundesrepublik erreichen nur Hamburg und der westliche Teil des Landes Berlin Indexwerte, die an die Ergebnisse in den neuen Ländern heranreichen. In den westdeutschen Flächenländern hingegen entsprechen die *maximal* erzielten Werte für die zwischen zwei Wahlen zu beobachtenden Verschiebungen im Kräfteverhältnis der Parteien fast exakt dem ostdeutschen *Durchschnittswert*. Besonders dramatische Veränderungen waren 2002 in Sachsen-Anhalt zu beobachten: Der Nichtwähleranteil stieg hier um mehr als 15 Prozentpunkte, die Union gewann etwa 5, die FDP 4.5 und die „Sonstigen“, d.h. vor allem die Schill-Partei, etwas mehr als 2 Prozentpunkte hinzu, während SPD, PDS und DVU entsprechende Verluste hinnehmen mußten. Daraus ergab sich ein Indexwert von 28 Punkten.

Wo liegen die Ursachen dieser ostdeutschen Besonderheiten?

Wie lassen sich diese Kerncharakteristika des ostdeutschen Wahlverhaltens – relative Schwäche der „Westparteien“ mit Ausnahme der SPD, niedrige Wahlbeteiligungsraten und starke Fluktuationen im Kräfteverhältnis der Parteien – erklären? In der Forschung wird die Wahlentscheidung häufig auf drei Typen von politischen *Einstellungen* zurückgeführt: die Bewertung der Spitzenkandidaten, die Position der Parteien zu den wichtigsten politischen Streitfragen und die sogenannte Parteiidentifikation, unter der das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Partei zu verstehen ist. Dabei gilt die Parteiidentifikation, die meist in der Jugend oder im frühen Erwachsenenalter erworben wird, als eine langfristig relativ stabile Variable. Themen- und Kandidatenorientierung hingegen werden zum einen stark von den tagespolitischen Ereignissen geprägt. Andererseits hat eine eventuell vorhandene Parteiidentifikation in der Regel ebenfalls einen substantiellen Einfluß auf diese kurzfristigen Orientierungen, da bisher unbekannte Kandidaten und neue politische Themen von den Bürgern häufig im Lichte ihrer Parteizugehörigkeit bzw. ihrer „Besetzung“ durch die Parteien beurteilt werden. Als eine weitere langfristig stabile Größe haben außerdem die Orientierungen an grundlegenden gesellschaftspolitischen Werten und Zielvorstellungen (z.B. Freiheit, Gleichheit, Solidarität) Einfluß auf die Beurteilung von politischen Themen und damit auf das Wahlverhalten.

Parteiidentifikationen (und in einem gewissen Umfang auch Wertorientierungen) lassen sich ihrerseits häufig auf die Zugehörigkeit eines Bürgers zu einer bestimmten sozialen Gruppe zurückführen. Beispielsweise wurde im 19. Jahrhundert die SPD gegründet, um die neuentstehende Schicht der Arbeiter im politischen Prozeß zu vertreten. Eine ähnliche Rolle spielte die Zentrumspartei, aus der nach dem Zweiten Weltkrieg die Union hervorgegangen ist, im Konflikt zwischen der katholischer Minderheit und preußisch-protestantischer Mehrheit des Bismarckreichs. Obwohl diese Konflikte seit dem 19. Jahrhundert erheblich an Bedeutung verloren haben, strukturieren die damals entstandenen Verbindungen zwischen sozialen Gruppen und Parteien bis heute den Parteienwettbewerb in der alten Bundesrepublik: Arbeiter (und hier vor allem solche, die auch Mitglied einer Gewerkschaft sind) wählen nach wie vor überdurchschnittlich häufig die SPD, auch wenn die Zahl derer, die sich mit dieser Partei identifizieren, rückläufig ist. Gleiches gilt sinngemäß für das Verhältnis der praktizierenden Katholiken (und in geringerem Umfang auch der kirchlich aktiven Protestanten) zu den Unionsparteien. Häufig, wenn auch nicht immer, ist dieser Zusammenhang durch die oben beschriebenen Parteiidentifikationen vermittelt.

Vor dem Hintergrund dieser über Jahrzehnte relativ stabilen Muster gingen viele politische Beobachter zu Beginn der 1990er Jahre davon aus, daß die SPD in großem Umfang von der Wiedervereinigung profitieren würde, da im Osten der Anteil der Arbeiter an der wahlberechtigten Bevölkerung weitaus höher lag als im Westen und zugleich die christlichen Kirchen und insbesondere der Katholizismus eine viel geringere Rolle spielten. So betrachteten sich noch in einer 2002 durchgeführten Wahlstudie 34 Prozent der Westdeutschen als Angehörige der „Arbeiterschicht“, während sich in den neuen Ländern 62 Prozent der Befragten für diese Kategorie entschieden. Zur gleichen Zeit gehörten im Westen Deutschlands rund 42 Prozent, im Osten hingegen nur vier Prozent der Bevölkerung der katholischen Kirche an.⁶ Zudem galt vor allem der Süden der früheren DDR als sozialdemokratisches Kernland. Hier hatte sich die SPD in vielen Städten vom Kaiserreich bis in die Weimarer Zeit auf dichtes Netzwerk von Parteigliederungen, Gewerkschaften, Arbeiterbibliotheken, Sport- und Kulturvereinen stützen können, die die Verbindung zwischen Arbeiterschaft und SPD stabilisierten.

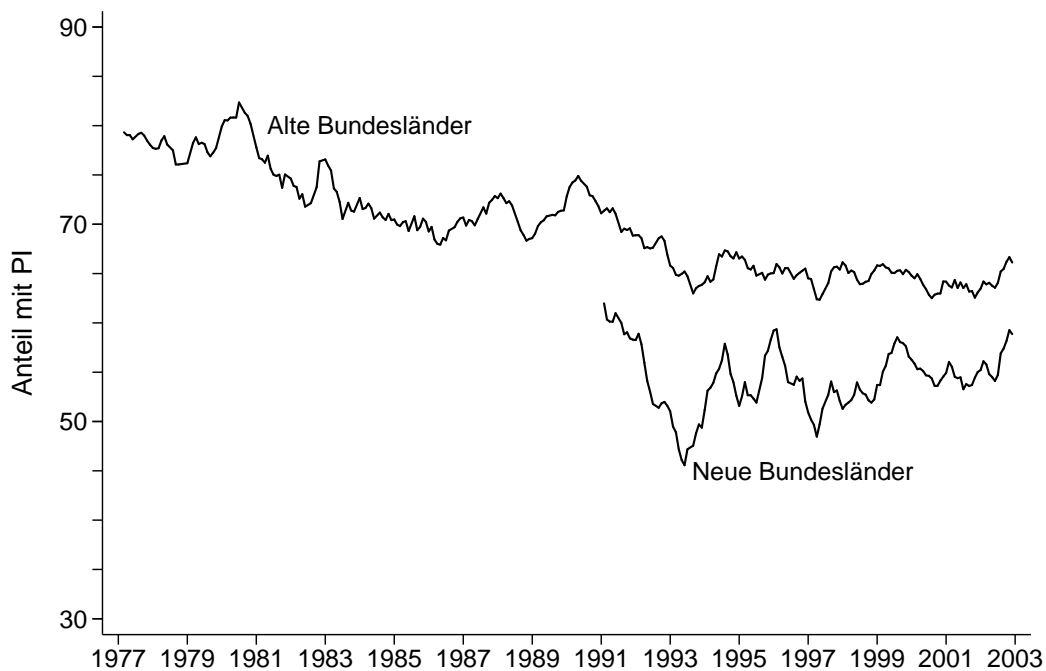
Tatsächlich erzielte aber, wie oben dargelegt, die Union in den neuen Ländern zunächst weitaus mehr Zustimmung als die SPD. Detaillierte Analysen zeigten zudem, daß 1990 und 1994 gerade die Arbeiter überproportional häufig die CDU gewählt hatten, während die SPD in dieser Bevölkerungsgruppe sehr schlecht abschnitt. Die Erklärung für diesen auf den ersten Blick rätselhaften Befund liegt darin, daß die Herrschaft der SED nicht nur die gewachsenen Organisationen des Arbeitermilieus aufgelöst, gleichgeschaltet oder zumindest unter Kontrol-

le der Partei gebracht, sondern auch die traditionellen Bindungen der Arbeiter an die Sozialdemokratie zerstört hat. Dies gilt in ähnlicher Weise auch für andere soziale Gruppen: Da die ehemaligen DDR-Bürger über einen Zeitraum von mehr als fünf Jahrzehnten keine Erfahrungen mehr mit freien Wahlen sammeln konnten, haben sie insgesamt weitaus seltener Parteibindungen entwickelt als ihre westdeutschen Mitbürger.

Daran hat sich bis heute im Grunde nichts geändert. Aktive Christen in den neuen Ländern haben zwar inzwischen analog zu dem aus dem Westen bekannten Muster oft eine Bindung an die Union entwickelt, sind aber als soziale Gruppe quantitativ bedeutungslos. Unter den ostdeutschen Arbeitern hingegen sieht sich nach wie vor weniger als jeder fünfte als langfristiger Anhänger der SPD, wobei dieser Anteil über die Zeit sogar leicht zurückgeht. Obwohl die ostdeutschen Arbeiter 1998 und 2002 in erheblichem Umfang die SPD unterstützt haben, kann man deshalb nicht von einer „Normalisierung“ im Sinne einer Angleichung an die aus dem Westen bekannten Muster des Wahlverhaltens sprechen.

Mit lediglich fünf Prozent noch weitaus geringer ist der Anteil derjenigen Arbeiter, die sich mit der PDS identifizieren, während sich etwa zehn Prozent der Nicht-Arbeiter dieser Partei besonders verbunden fühlen. Dies deckt sich mit anderen Studien, denen zufolge die PDS vor allem von (ehemaligen) Angehörigen des Öffentlichen Dienstes der DDR gewählt wird.

Abbildung 1: Entwicklung des Anteils der langfristigen Parteianhänger in Deutschland 1977-2003



Quelle: Eigene Berechnungen aus den kumulierten Politbarometerumfragen der Forschungsgruppe Wahlen.

Ingesamt gesehen fühlen sich nur relativ wenige Ostdeutsche einer bestimmten Partei längerfristig verbunden. Während der Anteil der parteigebundenen Westdeutschen seit dem Ende der 1970er Jahre von einem hohen Ausgangsniveau von annähernd 80 Prozent aus sehr langsam, aber relativ kontinuierlich zurückgeht, stagniert dieser Wert in den neuen Ländern nach einigen dramatischen Schwankungen in den frühen 1990er Jahren auf einem deutlich niedrigeren Niveau (vgl. Abbildung 1). Weiterführende Studien zeigen zudem, daß Parteibindungen in den neuen Ländern weniger intensiv empfunden und schneller wieder aufgegeben werden als in der alten Bundesrepublik.

Aus diesem niedrigeren Anteil von parteigebundenen Bürgern erklärt sich zwei der drei Besonderheiten des ostdeutschen Wahlverhaltens: Dort, wo die Parteiidentifikation als stabilisierendes Element fehlt, reagieren die Bürger stärker auf das politische Tagesgeschehen. Dementsprechend entscheiden sie sich kurzfristiger und sind eher bereit, von einer Partei zu einer anderen zu wechseln, wenn diese einen attraktiveren Kandidaten aufstellt oder sich in Sachfragen überzeugender präsentiert. Die bemerkenswerte Volatilität im Wahlverhalten der ostdeutschen Bürger dürfte vor allem auf diesen Effekt zurückgehen. Zudem fehlt Bürgern, die sich nicht mit einer bestimmten Partei identifizieren, ein entscheidender Anreiz, sich an Wahlen zu beteiligen: der Wunsch, die „eigene“ Partei auch dann zu unterstützen, wenn diese sich in wenig attraktiver Weise präsentiert oder das Wahlergebnis ohnehin schon festzustehen scheint.

Wie aber läßt sich die dritte Besonderheit – das charakteristische Kräfteverhältnis der Parteien – erklären? Neben dem zweifelsohne weitverbreiteten Gefühl, daß die PDS in besonderer Weise die spezifischen Interessen der Ostdeutschen vertritt oder zumindest symbolisch repräsentiert, ist hier mindestens ein weiterer Faktor von besonderer Bedeutung: Die gesellschaftspolitischen Wertorientierungen von Ost- und Westdeutschen unterscheiden sich deutlich. Schon relativ bald nach der Wiedervereinigung zeigte sich, daß die ehemaligen DDR-Bürger zwar dem Wert der Demokratie und der individuellen Leistung generell positiv gegenüber stehen, zugleich aber den Wert der Gleichheit viel stärker betonen als die Westdeutschen.

Konsequenterweise bevorzugen sie das Modell eines umfassenden Wohlfahrtsstaates, der im Sinne eines weitreichenden Umverteilungsprogramms massiv in die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eingreift. Die Bürger der alten Bundesrepublik hingegen beurteilen das Ideal einer derart umfassenden Staatstätigkeit deutlich zurückhaltender. Bedenkt man, daß solche Grundüberzeugungen meist in der Jugend bzw. im frühen Erwachsenenalter erworben werden und die bisherigen Ergebnisse des Transformationsprozesses vor dem Hintergrund dieser spe-

zifischen ostdeutschen Ideale interpretiert werden, ist es wenig verwunderlich, daß sich die zu Beginn der 1990er Jahre vorhandenen Ost-West-Unterschiede eher verstärkt als abgeschwächt haben (Tabelle 3).

Tabelle 3: Ausgewählte politische Orientierungen in West- und Ostdeutschland 1994-2002

	1994		1997/98		2002	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
„Gruppeninteressen bedingungslos dem Allgemeinwohl unterordnen“	38	56 (1,5)	38	54 (1,4)	34	52 (1,5)
„Sozialismus gute Idee“	25	61 (2,4)	26	60 (2,3)	23	56 (2,4)
„Verstaatlichung wichtiger Unternehmen“	16	40 (2,5)	11	36 (3,3)	10	31 (3,1)
„Staat auf jeden Fall verantwortlich für Vollbeschäftigung“			39	56 (1,4)		
„Staat auf jeden Fall verantwortlich für Frauenförderung“			42	65 (1,5)		
„Eine berufstätige Mutter kann zu ihren Kindern eine ebenso enge Beziehung aufbauen wie eine nicht berufstätige Mutter.“			69	83 (1,2)		

Die Eintragungen entsprechen dem Prozentsatz der Befragten, der den betreffenden Aussagen zugestimmt hat. In Klammern: Verhältnis Zustimmung Ost / Zustimmung West. N=8330. Quelle: DFG-Projekt „Politische Einstellungen, politische Partizipationen und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland.“ Für die letzte Frage: N=1924, Quelle: World Values Survey 1997

Von dieser in den neuen Ländern weitverbreiteten Präferenz für eine dezidiert „linke“ Politik haben bei den vergangenen Wahlen die PDS und zunehmend auch die SPD profitiert. Letzterer ist 1998 und 2002 das Kunststück gelungen, in Ostdeutschland sowohl vergleichsweise linke als auch eher rechte Wähler anzusprechen und auf diese Weise viele nicht-parteigebundene Bürger für sich zu mobilisieren. Die Wahlentscheidung zugunsten der Union bzw. der PDS hingegen hing viel enger mit der ideologischen Position der Befragten zusammen. Da es der SPD aber bislang nicht gelungen ist, die Zahl ihrer langfristigen Anhänger im Osten Deutschlands nennenswert zu steigern, ist es eher unwahrscheinlich, daß die Partei in den neuen Ländern dauerhaft zur stärksten Partei wird und vielleicht sogar die PDS beerben könnte. Gerade weil die Ostdeutschen bislang kaum stabile Parteiloyalitäten entwickelt haben, sind sie politisch leichter zu enttäuschen und werden sich in diesem Fall auch rascher von der SPD abwenden als deren westdeutsche Wähler.

Fazit und Ausblick

Ziel dieses Beitrages war es, deutlich zu machen, wie und warum sich das Wahlverhalten der Ostdeutschen von dem ihrer Mitbürger aus den alten Ländern unterscheidet. Dabei hat sich gezeigt, daß vor allem zwei Phänomene für die Besonderheiten des ostdeutschen Wahlverhaltens von Bedeutung sind: Zum einen sind in den neuen Ländern Präferenzen für eine demokratisch-sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bis in die Anhängerschaft der

bürgerlichen Parteien hinein verbreitet. Angesichts der Tatsache, daß solche Einstellungen in der Regel sehr stabil sind und vor dem Hintergrund der absehbaren Konflikte um den Umbau des Sozialstaates wird dieser Ost-West-Gegensatz die deutsche Politik aller Voraussicht nach noch etliche Jahre begleiten. Zum anderen der Anteil derjenigen, die sich langfristig einer bestimmten Partei verbunden fühlen, in Ostdeutschland immer noch deutlich geringer als in den alten Ländern, so daß kurzfristige Faktoren einen größeren Einfluß auf die Wahlentscheidung haben. Ein höherer Anteil von Nicht- und Wechselwählern ist die Folge. Auch hier ist eine rasche Angleichung der neuen an die alten Länder eher unwahrscheinlich. Vielmehr stellen die ostdeutschen Bürger in dieser Hinsicht den *modernerer* Teil des deutschen Elektorats dar, da sich auch im Westen die alten Bindungen an Kirchen, Gewerkschaften und Parteien zusehends abschwächen. Westdeutsche Politiker, die wissen wollen, wie sie in zehn oder zwanzig Jahren Wahlkämpfe führen müssen, sollten heute in die neuen Länder fahren.

¹ Überhangmandate verfallen, wenn der betreffende Abgeordnete sein Mandat aufgibt oder verstirbt. Es wäre deshalb theoretisch möglich gewesen, daß die bürgerliche Koalition ihre Parlamentsmehrheit im Laufe der Legislaturperiode verloren hätte.

² Ein viertes Überhangmandat erzielte die SPD in Hamburg; die CDU gewann ein Überhangmandat in Sachsen.

³ Ob die „Schill-Partei“ ebenfalls dieser Gruppe zugerechnet werden sollte, ist eine strittige Frage.

⁴ Kai Arzheimer / Jürgen W. Falter: „Goodbye Lenin?“ Bundes- und Landtagswahlen seit 1990: eine Ost-West-Perspektive. Erscheint in: Jürgen W. Falter / Oscar W. Gabriel / Bernhard Weßels: Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002. Wiesbaden 2005.

⁵ Der tatsächliche Anteil der Wechselwähler kann weitaus höher liegen, da sich in der Regel ein Teil der Wanderungsbewegungen zwischen den Parteien gegenseitig neutralisiert.

⁶ Der Anteil der Protestanten liegt im Westen bei rund 37, im Osten bei etwa 22 Prozent.